



STELLUNGNAHME zum Ergänzungs-antrag CDU-Gemeinderatsfraktion	Vorlage Nr.:	2020/o817
	Verantwortlich:	Dez. 3
Aktionsplan gegen Rechtsradikalismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung jeglicher Art		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	30.06.20	21.3.	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag der CDU abzulehnen.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant		Nein	Ja	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein	Ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein	Ja	abgestimmt mit

Rassismus, Diskriminierung und die Ungleichwertigkeit der Menschen sind Wesensmerkmale der extremen Rechten in all ihren Facetten. Im Bildungsbereich und der Jugendarbeit stellt die Prävention gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einen zentralen Bereich dar. Linksextreme Äußerungen sind im pädagogischen Alltag nicht wahrnehmbar. Die Beratungsstellen wie die Antidiskriminierungsstelle oder Beratungsstelle „kompetent vor Ort“ kennen keine Fälle, in denen eine „linksextreme“ Motivation des Täters oder der Täterin erkennbar war.

Vergleichbare Beratungsangebote gegen Linksextremismus wurden in der Vergangenheit in verschiedenen Bundesländern und Kommunen erprobt, wurden aber meist nach kurzer Zeit wieder eingestellt, da kein Bedarf erkennbar war.

Zur Prävention von religiös fundiertem Extremismus ist in Karlsruhe ein Projekt in Planung, an dem Karlsruher Muslime wie der deutschsprachige Muslimkreis, der Stadtjugendausschuss e.V. und Migrantenvereine beteiligt sind.